

Innung befürchtet weiteres Metzgerei-Sterben

27.03.2008 - aktualisiert: 27.03.2008 05:14 Uhr

Streit um Gebühren für Fleischschau: Kleine Betriebe müssen mehr zahlen als Schlachthöfe

Stuttgart - Die Fleischbeschaugebühren liegen dem Landesinnungsverband der Metzger schwer im Magen. Weil kleinere Betriebe für die Leistungen der Veterinärämter mehr bezahlen müssen als Schlachthöfe, befürchtet die Innung, dass immer weniger Metzger selbst schlachten - was auch für den Verbraucher von Nachteil wäre.

VON BIRGIT KLEIN

Die, die es noch tun, können ihren Kunden frischeres Fleisch anbieten, das nicht über Hunderte von Kilometern transportiert werde, erklärt Hans-Peter de Longueville, Geschäftsführer der Fleischerinnung Stuttgart-Neckar-Fils. Weil kleinere Metzgereien aber für die Leistungen der Veterinärämter mehr bezahlen müssen als große Schlachthöfe, befürchtet er, dass immer weniger selbst schlachten und das Fleisch stattdessen über Großschlachthöfe beziehen. Damit stünden auch langjährige Geschäftsbeziehungen zwischen Metzgern und heimischen Landwirten auf dem Spiel.

Longueville befürchtet ein weiteres Metzgerei-Sterben. Schon in den vergangenen 30 Jahren sei die Zahl der Metzgereibetriebe im Land von 4300 auf 1726 zurückgegangen, sagt der Innungs-Geschäftsführer, der den Mitgliedsbetrieben rät, gegebenenfalls gegen die in diesem Jahr erlassenen Gebührenbescheide Widerspruch einzulegen.

Denn seit 1. Januar 2008 gilt die EU-Verordnung 882/2004, der zufolge die Mitgliedsstaaten kostendeckende Gebühren erheben dürfen. Die verlangten Sätze dürfen zwar nicht niedriger sein als die festgesetzte Mindestgebühr, aber auch nicht höher als die tatsächlich entstandenen Kosten. Welche Anteile an Personal-, Sach- und Fahrtkosten hineingerechnet werden dürfen, sagt die Verordnung ebenfalls. Longueville aber hat das "Gefühl", dass die Landkreise die "EU-Verordnung überhaupt nicht anwenden". Deshalb will er sich von allen Landratsämtern im Land die Gebührenordnungen zukommen lassen.

Seit 2005 errechnen und erheben die Landkreise die Fleischbeschaugebühren selbst. Davor war es Aufgabe des Landes. Deckten sich dessen Berechnungen nicht mit den tatsächlichen Ausgaben, hatten die Kreise die Differenz zu tragen. Im Rems-Murr-Kreis summierte sich das Defizit von 1995 bis 2005 auf etwa 1,5 Millionen Euro. Im Kreis Esslingen waren es etwa 200 000 Euro im Jahr. Als das Landratsamt dort die Sätze zum Jahreswechsel 2005/2006 anhob, stieß das nicht nur auf Begeisterung. Heute "haben wir keine Widersprüche von Gewerbebetrieben", sagt Gerhard Stehle, Leiter des Esslinger Veterinäramts.

Das Stuttgarter Regierungspräsidium, das die Widersprüche gegen die Gebührenbescheide bearbeitet, hatte 2006 und 2007 durchschnittlich etwa 200 Fälle zu bearbeiten. Mit wenigen Ausnahmen, so ein Sprecher, seien sie abgelehnt worden.

Ziel der Fleischerinnung sind Gebühren, die "unabhängig von der Betriebsgröße" (Longueville) sind. "Wir wollen Chancengleichheit", sagt auch Marc Klaiber von Mega, dem Fachzentrum für Metzgerei und Gastronomie, die in Göppingen einen regionalen Schlachthof betreibt. Der Göppinger SPD-Landtagsabgeordnete Peter Hofelich verlangt zumindest einen "landesweit verbindlichen Rahmen" für die Gebühren. Das Thema beschäftigt am 3. April den Landtag.